



Policy Brief – Berlin, 11. April 2017

Beziehungen zur Türkei in der Krise: Wie sollte der Umgang mit jungen Deutsch-Türken aussehen?

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei sind derzeit krisengeschüttelt. Kein Teil der deutschen Gesellschaft spürt dies deutlicher im Alltag als die deutsch-türkische Community. Besonders die über 1.5 Millionen jungen Deutsch-Türken geraten unter Druck. Um unser Zusammenleben zu stärken und weniger stark von außenpolitischen Entwicklungen getrieben zu sein, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

1. Deeskalationspolitik der Bundesregierung in den Beziehungen zur Türkei fortführen

Die derzeitige Deeskalationspolitik der Bundesregierung ist richtig und wichtig. Sie ist einerseits im Hinblick auf die innenpolitische Lage in der Türkei konstruktiv und andererseits zeigt sie der deutsch-türkischen Jugend, dass die Bundesrepublik kein Interesse daran hat, ihren Lebensalltag durch politische Konflikte zu erschweren. Dies sollte auch die langfristige Maxime für die weitere Türkei-Politik sein.

2. Diskussionsrunden auf institutionelle Basis stellen und auf Länder ausdehnen

Gesprächsformate wie die Diskussionsrunde am 11. April im Auswärtigen Amt sollten auf eine langfristige institutionelle Basis gestellt werden und nicht aktuellen außenpolitischen Entwicklungen verschuldet sein. Es empfiehlt sich, gerade über die Landesregierungen und politischen Bildungseinrichtungen dezentral aktiv zu werden. Dies wurde zu lange versäumt. Ein stetiger Austausch kann entscheidend förderlich wirken, um emanzipierte deutsch-türkische Jugendorganisationen als Teil der deutschen Zivilgesellschaft zu fördern.

3. Demokratie für junge Deutsch-Türken erlebbarer machen

Wahlkämpfe in Deutschland oder in der Türkei werden häufig auf dem Rücken junger Deutsch-Türken ausgetragen. Gleichzeitig können sie beide Debatten kaum beeinflussen und werden durch sie in eine Ecke gedrängt. Veranstaltungen, die jungen Deutsch-Türken einen „geschützten“ Raum bieten, um mit deutschen und türkischen Jugendlichen über Entwicklungen in beiden Ländern zu diskutieren, können eine sachliche Debatte und eine unverkrampfte Identitätsfindung ermöglichen. Durch inhaltliche Begleitung könnten junge Deutsch-Türken weniger empfänglich für populistische Forderungen werden.

4. PKK entschiedener mit den Mitteln des deutschen Rechtsstaats bekämpfen

Um die Glaubwürdigkeit der deutschen Behörden in den Augen von jungen Deutsch-Türken zu stärken und zu zeigen, dass gegenüber der Türkei nicht mit zweierlei Maß gemessen wird, sollte die Bundesregierung stärker mit den Mitteln des Rechtsstaats gegen die verbotene Terrororganisation PKK vorgehen. Gleichzeitig sollte der Dialog mit friedlichen kurdischen Organisationen intensiviert werden, um legitime Anliegen der (deutsch-)kurdischen Community wahrzunehmen.

5. Bedeutung von Grundrechten wie Meinungs- und Pressefreiheit weiterhin betonen

Die im Grundgesetz verewigten Grundrechte und –freiheiten sind der Garant für ein friedvolles Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Sowohl ein klares Bekenntnis als auch die selbstbewusste Betonung ihrer Bedeutung ist nicht nur nach Außen, sondern auch nach Innen weiterhin von entscheidender Bedeutung.